

Offener Brief an alle Politiker

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seit nunmehr bereits im 27zigsten Jahr nach dem Einigungsvertrag und der Wiedervereinigung werden Ostrentner noch immer benachteiligt, sind die im Grundgesetz verankerten gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht erreicht worden. Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag blockieren seit Jahren alle Vorschläge von Gewerkschaften, Sozial- und Interessenverbänden diese Benachteiligung und damit Schlechterstellung der Ostrentnergenerationen zu beenden. Absichtserklärungen in Koalitionsvereinbarungen und Versprechungen selbst der Kanzlerin wurden nicht eingehalten. Das führte zwangsläufig zum Vertrauensverlust in die Bundesregierung und den Bundestag. Mit der Agenda 2010 wurden die Bedingungen für die Arbeits- und Alterseinkommen in unserem Land generell verschärft. Dadurch hat sich das Rentenniveau verringert und eine zunehmende Altersarmut ist zu erkennen. Zudem sind die im Einigungsvertrag von 1990 vereinbarten Angleichungen der Lebensbedingungen im Anschlussgebiet in eklatanter Weise vernachlässigt worden.

Derzeitige Entscheidungen und Vorschläge zur Rentenentwicklung verunsichern mehr, als dass sie zu Lösungen führten. Das sogenannte Gesamtpaket zur Rentenentwicklung steht voll im Zeichen des "weiter, wie gehabt".

Dabei ist klar, dass Verbesserungen für die Riesterreute oder die betriebliche Altersversorgung trotz höherer staatlicher Zulagen und Steuernachlässe nicht die Probleme der wachsenden Altersarmut lösen können, sie belasten den Steuerzahler und dienen vor allem der Versicherungswirtschaft. Hinzu kommt die Erfahrung, dass kapitalgedeckte Anlagen den Schwankungen des Finanzmarktes unterliegen.

Die zwingend notwendige Erhöhung des Rentenniveaus ist nicht Gegenstand der Vorhaben. Das wird mit Haltelinien erklärt. Es entspricht nur den Forderungen des Arbeitgeberverbandes, damit die Unternehmer von höheren paritätischen anteiligen Beitragszahlungen verschont werden, "der Wettbewerbsfähigkeit wegen".

Die Angleichung des Rentenwertes Ost an West soll weiter verzögert werden. Diese Angleichung ist eine Schuld des Vereinigungsprozesses und eine große Ungerechtigkeit. Es betrifft sowohl die Angleichung des aktuellen Rentenwertes als auch die Umwertung der immer noch niedrigeren Arbeitseinkommen in den östlichen Bundesländern zu annähernd gleichen Rentenanwartschaften. Die Finanzierung wäre ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und folglich aus Steuermitteln zu sichern. Dazu wären nach dem Grundsatz Eigentum verpflichtet, Steuern von den Millionären und Milliardären einzuziehen möglich ohne die Wirtschaft zu beeinträchtigen. Wenn man die Suche nach Lösungen immer wieder nur auf das Finanzielle reduziert, findet man immer Hindernisse. Die Rentenangleichung ist eine Frage des politischen Willens.

Die ganze Rentendiskussion wird zurzeit begleitet von solchen Vergleichen wie; Kinder seien mehr als über 65-jährige armutsgefährdet, höhere Ostrenten seien dem Westrentner nicht vermittelbar, Rentner leben von den Beiträgen der Werktätigen. Solche Un- und Halbwahrheiten haben den Anschein des gezielten gegeneinander Ausspiels. Bedenklich ist, dass solchen Un- und Halbwahrheiten nicht offiziell widersprochen wird. Das alles wäre bei realer Auswertung eigener

Statistiken widerlegbar. Auch darin zeigt sich, dass der Wille zu einer realen und sozialen Rentenlösung fehlt. Viele Kinder der heutigen Ostrentner leben und arbeiten heute in den alten Bundesländern und das seit Jahrzehnten. Sie sind die Beitragszahler in die deutsche Rentenversicherung.

Die Zeit ist reif, Veränderungen unmittelbar im kommenden Jahr einzuleiten. Noch immer erhalten, bedingt durch das niedrige Einkommen und dem geringeren Rentenwert, Ostrentner deutlich niedrigere Renten als Westrentner obwohl sie länger arbeiten. Noch immer bestehen Ungerechtigkeiten aus der Rentenüberleitung gegenüber Personen und ganzen Berufsgruppen im Osten. Die vom Unrecht betroffenen fühlen sich ihrer Würde beraubt und sind folglich im Glauben an den Rechtsstaat erschüttert. Es ist nicht im Sinne des Grundgesetzes noch weitere 8 Jahre die notwendigen Entscheidungen hinaus zu zögern.

Deshalb fordern wir:

1. Die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken und das Rentenniveau zumindest zu halten, oder wieder auf 53 % des Durchschnittsarbeitseinkommens zu erhöhen.
2. Eine schnellere Rentenwertangleichung Ost an West.
3. Konkrete Schritte zur Beseitigung noch bestehender Überführungslücken und Ungerechtigkeiten aus der Rentenüberleitung und die Beseitigung des Rentenstrafrechts.
4. Im Zusammenhang mit der Vereinheitlichung des Rentenrechts und der Anhebung des Rentenwertes Ost die Erarbeitung von Lösungen der Umwertung der immer noch niedrigeren Arbeitseinkommen in den östlichen Bundesländern.

Diese Forderungen sollen dazu beitragen, auch die innere Einheit in der Bundesrepublik zu verwirklichen, sie wird nur dann glaubhaft, wenn auch die soziale Einheit erreicht wird.

Wir freuen uns über die Unterstützung durch die Gewerkschaften und werden gemeinsam mit dem DGB den notwendigen Druck erzeugen. Zeigen Sie, dass Sie uns verstanden haben.

Seniorenrat der Stadt Neubrandenburg
Friedrich-Engels-Ring 53
17033 Neubrandenburg